

Politik der Westalliierten in ihren Besatzungszonen in den Jahren 1945/46

Die Politik der Westalliierten richtet sich prinzipiell nach den Vereinbarungen der **Potsdamer Konferenz**, die in die vier Punkte

- Entnazifizierung
- Entmilitarisierung
- Demokratisierung
- Demontage

zusammengefasst werden können. Danach kann sich auch die folgende Darstellung richten.

Ohne prinzipielle Unterschiede verlief dabei die **Entmilitarisierung**, da nach der Kapitulation selbstverständlich keine deutsche Armee mehr bestand. Hauptsorge der Alliierten war aber auch, das baldige Wiedererstarken Deutschlands zu verhindern und so keine Gefährdung mehr für den Frieden in Europa von Deutschland ausgehen zu lassen. Besonders Frankreich stellte seine Deutschlandpolitik unter diesen Aspekt.

Die **Entnazifizierung** wurde in der sowjetischen Besatzungszone am konsequentesten durchgeführt, da sie auch die Möglichkeit bot, politische Gegner des Kommunismus auszuschalten. Entnazifizierung bedeutete aber in den Westzonen die Untersuchung jedes Einzelfalls durch alliierte „Spruchkammern“, die aber bald auch mit Deutschen besetzt wurden. Konsequenzen für stark Belastete bestanden in der Verhängung von Berufsverboten. Schnell zeigten sich jedoch die Grenzen des Verfahrens, da die Mitwirkung auch belasteter Fachkräfte unverzichtbar für den Wiederaufbau war. Mit der Entnazifizierung war jedoch auch die Umerziehung (Reeducation) verbunden.

Gemeinsam war den Westalliierten der Grundsatz, das politische Leben zu demokratisieren und allmählich neu aufzubauen. Diese **Demokratisierung** sollte schrittweise von unten nach oben vor sich gehen, um das deutsche Volk allmählich an die demokratische Praxis zu gewöhnen. Das bedeutete zunächst die schrittweise Wieder-Zulassung von politischen Parteien, die in ihrer Arbeit jedoch 1945/46 auf ihre eigene Besatzungszone beschränkt waren.

Die Zulassung von **Parteien** erfolgte am

- 10.6.45 in der sowjetischen Besatzungszone,
- 2. 9. 45 in der amerikanischen und britischen Zone und am
- 13.12.45 in der französischen Zone.

Parallel dazu wurden Organe der **Selbstverwaltung** aufgebaut, die zunächst mit Vertrauenspersonen der jeweiligen Besatzungsmächte, bald aber mit gewählten Repräsentanten besetzt wurden. So fanden in allen Zonen bereits 1946 wieder freie Wahlen zu den Gemeinde- und Kreisvertretungen statt. Auch ein Teil der Landtagswahlen in den 1946 bereits gebildeten Ländern konnte noch in diesem Jahr stattfinden. Hier allerdings zeigte sich die französische Besatzungsmacht sowohl in der Bildung der Länder als auch in der Einsetzung provisorischer Landesregierungen zurückhaltender als die Briten und Amerikaner.

Die **Aufgaben der Länder** wurden jedoch wohl von vornherein unter dem Gesichtspunkt der Aufgabenverteilung zwischen einem künftig zu errichtenden gesamtdeutschen Staat und den Ländern, die ja ein Element der staatlichen Tradition Deutschlands waren und erst 1934 durch Hitler abgeschafft wurden, festgelegt. Wichtig ist dabei, dass in keiner Besatzungszone die Länder mehr Funktionen erhielten als sie in der Weimarer Republik hatten. Da die Zonen aber mehrere Länder umfassten, war es notwendig, zentrale Institutionen zu schaffen, die übergeordnete Aufgaben übernehmen konnten. Das waren in der britischen Zone z.B. die Zonenzentralämter, die jedoch nicht demokratisch legitimiert waren und die britischen Hauptabteilungen lediglich berieten. Erst mit der Bildung der Bi-Zone zum 1.1.1947 wurden dann erst die Verwaltungsräte, später der parlamentarisch strukturierte Wirtschaftsrat der Bi-Zone gebildet.

Die **Demontage** schließlich ist der Punkt, bei dem die Besatzungsmächte am unterschiedlichsten vorgehen. Während Briten und Amerikaner im Grunde nur die Rüstungsindustrie zerschlugen und sehr schnell die Demontagen beendeten, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands als Bollwerk gegen den Kommunismus zu fördern, beutete die französische Besatzungsmacht ihre Länder exzessiv aus, um den Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft im eigenen Land zu finanzieren. Sie erzwang Demontagen in großem Stil und Lieferungen aus der laufenden Produktion. Ganze Bestände des Schwarzwalds wurden geschlagen und in die Schweiz verkauft. Erst der Beitritt der französischen Zone zum Vereinigten Wirtschaftsgebiet (Bi- bzw. Tri-Zone) brachte hier Milderung.

Schließlich muss aber auch darauf verwiesen werden, dass Großbritannien aufgrund seiner eigenen wirtschaftlich desolaten Lage nicht mehr in der Lage war, eine aktive Politik zu betreiben, sondern sich sowohl aus der Mittelmeerpolitik zurückzog (12. März 1947 Griechenland / Türkei, Truman-Doktrin) als auch die Wende der amerikanischen Deutschlandpolitik (Rede des Außenministers Byrnes in Stuttgart - „Speech of Hope“, 6. 9.1946, Bildung der Bizone 1.1.1947) mitvollzog.